

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 4.

Berlin, den 24. Januar 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die Frage der Baukontrollen vor dem Reichstage. —
Aus dem Reiche der Gelben. — Christliche Gewerkschaften
und Konsumvereinsbewegung. — Rundschau: Arbeiter als
Schöffen. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Wo die Reise
hingehet. Ausländer — sozialdemokratische „Bergarbeiterzeitung“ —
und „Berliner“ Arbeiter. — Wirtschaftliche Bewegung. —
Verbandsnachrichten: Altenstein. Bonn. Fröbel. Großhörn-
brom. Hettlingen. Lage. Lahr. Lügde. Lütgendortmund. Mar-
dorf. Mehlbach. Mengerskirchen. Niederbert. Oberrod. Rem-
scheid. Sagenberg. Schleiz. Walderbach. — Soziale Wahlen.
— Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten. — Literarisches.
— Streikrechnungen. — Bekanntmachungen. — Ver-
sammlungskalender. — Sterbetafel.

Die Frage der Baukontrollen vor dem Reichstage.

Die Forderung der Hinzuziehung von praktischen Bau-
arbeitern zur Baukontrolle ist nicht neu und schon des
Öfteren in den verschiedenen Parlamenten behandelt
worden. Trotz des dringenden Bedürfnisses nach Arbeiter-
kontrollen ist denselben jedoch bis heute mit Ausnahme
weniger Städte, die hauptsächlich auf Bayern entfallen,
weder in der Gesetzgebung, noch sonstwo Rechnung ge-
tragen worden. Es ist daher verständlich, wenn aus den
Reihen der Bauarbeiter besagte Forderung immer wieder
erhoben wird, und so ist vor etwas längerer Zeit seitens
der Münchener Arbeiterschaft dem Reichstage eine Petition
auf Anstellung von Arbeiterkontrollen zugegangen.

Die Petitionskommission des Reichstages hat der ge-
stellten Forderung zugestimmt und in ihrem Berichte bean-
tragt, der Reichstag wolle die Petition dem Reichs-
kanzler zur Berücksichtigung überweisen. Abg. Pauli
(Bonn.) und Genossen hatten dazu den Antrag eingebracht,
der Reichstag wolle über den Antrag der Petitionskom-
mission zur Tagesordnung übergehen. Unser Kollege
Wiederberg erhielt hierzu zuerst das Wort. Einleitend
wies er auf die große Unfallhäufigkeit im Baugewerbe
hin und brachte Zahlen aus den Nachweisungen der Bau-
gewerkschafts-Berufsgenossenschaften als Beweis bei. In den
Jahren 1900 bis 1907 betrug die Zahl der Unfallverletzten
auf 1000 Bollarbeiter 1900: 49,99, 1901: 52,31, 1902:
55,46, 1903: 56,43, 1904: 58,76, 1905: 58,54, 1906:
58,64, 1907: 57,87. Die Unfallhäufigkeit ist von dem
Jahre 1900 bis 1904 stetig gestiegen; erst von diesem
Jahre ab ist ein Verbleiben auf ungefähr denselben Ziffern
zu verzeichnen. Redner kam, nachdem er noch weiteres
Bahanmaterial erbracht hatte, auf die Umstände, welche
die vielen Unfälle verursachen, zu sprechen. Er betonte,
dass die ungenügende Baukontrolle, sowie die Zerfahrenheit
und Mangelhaftigkeit der Bauarbeitersehungsverordnungen
viel zu diesen großen Unfallziffern beitragen.

Bekanntlich liegt die Baukontrolle heute hauptsächlich
den Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften ob. Diese erfüllen
aber ihre Pflicht in dieser Beziehung nicht. Sie hatten
1906 nur 94 und 1907 nur 97 technische Aufsichtsbeamte an-
gestellt, welche die Kontrolle über 174 288 Betriebe im
Jahre 1906 und über 178 175 Betriebe im Jahre 1907 aus-
üben sollten. Im Durchschnitt hatte ein Beamter im Jahre
über 1830 Betriebe zu kontrollieren. Die Zahl der Be-
triebsstellen ist aber noch größer, da viele Firmen mehrere
Bauten zu gleicher Zeit ausführen. In Bayern haben die
Gewerbeinspektoren das Recht, die Bauten zu kontrollieren.
Dort sind auch in mehreren größeren Städten Kontrollen
aus dem Arbeiterstande angestellt. Die heutige Kontrolle
reicht also nicht aus. Redner verliest dann einige Stellen aus
Berichten bayerischer Gewerbeinspektoren, worin bewiesen
wird, dass sehr viele Verstöße gegen die Bauarbeiterseh-
vorschriften vorkommen. So waren 1906 im Bezirk Pfalz
bei 43 Baurevisionen 119 Beanstandungen zu machen. In
den anderen Bezirken waren ebenfalls viele Beanstandungen
zu machen. Redner forderte nach diesen Nachweisen der un-
genügenden, eine bessere Kontrolle. Man möge diese der
Gewerbeinspektion übertragen und praktische Bauarbeiter
dazu heranziehen. Die Arbeiter haben ein Recht darauf,
und sind auch dazu befähigt. Er gibt dann Äußerungen
bayerischer Gewerbeinspektoren bekannt, wonach sich
die Baukontrollen aus dem Arbeiterstande durchaus be-
währen haben.

Des Weiteren führt er den Nachweis, dass die polizei-
lichen Bauarbeiter-Verordnungen sehr mangelhaft und ver-
schieden sind. Von 36 solcher Verordnungen, die 1901 er-
lassen wurden, enthalten 32 Bestimmungen über das
Arbeiten auf Bauten im Winter, 4 nicht; 31 enthalten Be-
stimmungen über Unterkunftsräume, 5 nicht; 29 über
Werte, 7 nicht; 8 über Öffnungen bei Bauten und Bau-
gruben, 28 nicht; 30 Verordnungen enthalten das Verbot
der Arbeit bei offenem Koksfeuer in Räumen, 6 nicht. In
zwei Verordnungen ist das Ruhen der Arbeiter in der nächst
unferliegenden Etage während des Aufziehens der Balken
angeordnet, in 34 nicht. Diese und andere Bestimmungen
lassen sich überall durchführen und müssen im Interesse

der Bauarbeiter auch durchgeführt werden. Daher ist es
notwendig, dass der Bauarbeitersehungsverordnung ge-
recht wird. Redner schließt
mit der Bitte, den Antrag der Kommission auf Ueberweisung
an den Reichskanzler zur Berücksichtigung anzunehmen.
Nach ihm kam der Abg. Pauli-Potsdam zum Wort.
Derselbe wandte sich in scharfen Worten gegen die Hinzuzie-
hung von Arbeitern zur Baukontrolle. Seine Argu-
mente waren folgende: Eine bessere Kontrolle sei nicht
notwendig, weil die Baugewerkschafts-Berufsgenos-
schaften in dieser Beziehung ihre Pflicht
tun. Die Arbeiter seien zur Kontrolle
nicht befähigt. Sie seien zum größten Teil selbst schuld an
den Unfällen. Die Kontrollen aus dem Arbeiterstande
würden bei ihrer Tätigkeit für die Gewerkschaften und
die sozialdemokratische Partei agitieren. In Bayern seien
die Unfallziffern trotz Kontrollen aus dem Arbeiter-
stande nicht zurückgegangen, wohl aber im Bereiche der nord-
östlichen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft, wo keine Arbeiter-
kontrollen wirken. Er schloß:

Zum Schluss, meine Herren, bitte ich Sie, im Interesse
des Handwerks im allgemeinen, insbesondere im Inter-
esse des Bauhandwerks, den Antrag der Kommission ab-
zulehnen, also diese Petition nicht dem Herrn Reichskanzler
zur Berücksichtigung zu überweisen. Dagegen bitte ich
Sie, im Interesse des Bauhandwerks, aber auch im
Interesse unserer ganzen Industrie — denn, meine Herren,
wenn wir erst den einen angenommen haben, dann geht es
weiter — unseren Antrag auf Uebergang zur Tagesord-
nung anzunehmen."

Die Weiterberatung erfolgte erst am 14. Januar. An
diesem Tage erhielt zu dieser Materie der Abg. Wied-
berg zuerst das Wort. Er wies nach, dass das Baugewerbe
in bezug auf Unfallhäufigkeit an zweiter Stelle, gleich
hinter dem Bergbau, steht, sowie dass die Baugewerks-
schafts-Berufsgenossenschaften bezüglich Unfallverhütung durchaus
nicht ihre Pflicht erfüllen haben. Den Einwand, die Arbeiter
seien nicht zur Kontrolle befähigt, widerlegte er, indem
er darauf hinwies, dass nicht die Unternehmer dieje-
nigen sind, die praktisch die Bauten ausführen, sondern die
Arbeiter, zu denen er auch die Poliere rechne. Er betonte,
dass es den Arbeiterorganisationen gar nicht in den Sinn
komme, amtliche Baukontrollen bei ihrer Tätigkeit zur
Agitation für die Gewerkschaften oder politische Zwecke
zu verwenden. Derartige Behauptungen seien elende Ver-
dächtigungen. Im letzten Teil seiner Ausführungen wider-
legte er mit Zahlenmaterial die Behauptung, die Arbeiter
seien zum größten Teil an den Unfällen selbst schuld,
sowie den Schluger, in Norddeutschland stehe es in bezug
auf Unfallhäufigkeit günstiger wie in Süddeutschland.

Nach ihm erhielt Abg. Bötzl das Wort und trat
warm für den Antrag der Petitionskommission ein. Auf
ihn folgten die Handwerksmeister Fr. und W. Land,
welche sich gleichfalls in entschiedener Weise für Mitwir-
kung der Arbeiter bei der Baukontrolle aussprachen. Auch
der Abg. Dr. Burckhardt brachte eine Lanze für der-
artige Baukontrollen. Der Abg. Pauli konnte es nicht
unterlassen, trotzdem er sah, dass er mit seinen konser-
vativen Freunden allein blieb, noch einmal dagegen an-
zukämpfen. Allerdings vergeblich. Die Abstimmung er-
gab, dass die Parteien des Reichstages bis auf die Kon-
servativen und Reichspartei für Hinzuziehung von Ar-
beitern zur Baukontrolle eintreten. In den verbündeten
Regierungen liegt es nun, die Wünsche der deutschen
Baugewerkschaft und den fast einmütigen Willen des
Reichstages Rechnung zu tragen und einen dement-
sprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Aus dem Reiche der Gelben.

II.

Ist die gelbe Gewerkschaftsbewegung aus den Reihen
der Arbeiter selbst hervorgegangen, so dass man annehmen
könnte, es sei ein dringendes Bedürfnis dafür vorhan-
den gewesen? Ja! so sagen die an der gelben Bewegung
irgendwie Interessierten, wir dagegen sagen: Nein! Das
wird uns bestätigt durch die Briefe des Herrn Lebius
an eine größere Anzahl von Werksbesitzern und Gesell-
schaften von Industriellen, worin um Gründung von gelben
Vereinen ersucht wird, und den von den Unternehmern
gestifteten Beiträgen. Wie dabei vorgegangen wird, zeigt
das Schreiben an die Direktion der Magener Stahlwaren-
fabrik, worin es heißt:

„Auf Ihr werthes Schreiben vom 5. dieses Monats er-
widere ich Ihnen ergebenst, dass die Anregung zur Vereins-
gründung keinesfalls von Ihnen ausgehen soll. Bei den
Siemenswerken gab ein Meister einem ihm als zuverlässig
bekannten Arbeiter die Anregung. Bei den R. Wolfsschen
Werken, Magdeburg-Budau, ging die Anregung von dem Leiter
des Lohnbureaus aus. Dieser Herr besprach die gelbe Ver-
einsgründung mit einem sehr talentvollen Arbeiter (Bud-
binder), der den Verein bereits auf 750 Mitglieder gehoben
hat. Die Arbeiter müssen natürlich den Entschluss zur Grün-
dung eines solchen Vereins selbst fassen, die Anregung dazu
kann aber ganz gut von einem unteren Beamten ausgehen.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.“

Die Bemühungen der Magener Fabrik um einen
gelben Verein waren jedenfalls nicht vom Interesse der
Arbeiter eingegeben. Um die Arbeiter aber nicht kopf-
schen zu machen, gibt Lebius die nötigen „Anweisungen“;
ein „talentvoller“ Arbeiter lässt sich gegen klingendes Ent-
gelt oder andere Vorteile schon finden, der die Grün-
dung, die auf einem dringenden „Bedürfnis“ beruht, in
die Wege leitet. Ahnungslose Arbeiter werden so in die
gelben Vereine hineingelockt, der wirtschaftliche Druck be-
sorgt das andere. Wie dabei die Arbeiter von dem Führer der
Gelben, hese von Lebius, beworben werden, findet in einem
Briefe an den Geheimen Kommerzienrat Baare in Bochum
Ausdruck, wo er sagt:

„Ich würde Ihnen vorschlagen, ganz allmählich lieber
eine gelbe Organisation in Ihrem Werke zu befördern. Das
würde ungefähr auf dasselbe hinauskommen, als wenn ein
weitschauender Fabrikant seine noch nicht ganz veralteten
Maschinen ersetzt und mit dieser Maßnahme nicht bis zu
dem Zeitpunkt wartet, wo ihm das Feuer unter den Nägeln
brennt.“

Die Zuweisungen an Geld seitens der Unternehmer
für die „Bemühungen“ des Herrn Lebius und an die
gelben Vereine sind reichlich. Bekanntlich wurde während
des Berliner Bauarbeiterkampfes ebenfalls ein gelber
Bauarbeiterbund in Berlin gegründet. Wer dahinter
steckte und was dafür bezahlt wurde, darüber berichtet
folgender Brief:

Herrn Baumeister Heuer, NW., Flotowstraße 4.
Als wir im August v. J. über die Gründung des gelben
Bauarbeiterbundes verhandelten, hatten Sie die Güte, mir
ein Honorar von 200 Mk. in Aussicht zu stellen. Da der
Verein nunmehr gegründet ist und von mir auch kräftig
unterstützt wird, so darf ich Sie wohl höflich an Ihr Ver-
sprechen erinnern. Den Sitzungen des Vereins wohnt regel-
mäßig unser Herr Dr. Nathanson bei. Außerdem habe ich
Herrn Buchholz unseren Arbeitsnachweis nebst Telefon zur
Verfügung gestellt und Herrn Buchholz auch sonst unter die
Arme gegriffen. So zahlte ich ihm im Dezember 30 Mk.
für Miete. Herr Buchholz meinte, Sie würden wohl das Geld
vergüten. Ich stelle Ihnen anheim, ob Sie mir diese 30 Mk.
zurückgeben wollen.

In den letzten Wochen ist der Verein sehr in die Höhe
gegangen. Trotzdem habe ich meine Zweifel, ob Buchholz
der richtige Mann ist. Ich glaube, es müsste Ihnen doch
ein leichtes sein, einige geeignete Vereinsleute ausfindig zu
machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.“

Die 200 Mk. sind bezahlt worden. Der Firma Siemens
u. Halske wurde folgende Quittung zugestellt:

„An die Direktion der Siemens- u. Halske-Akt.-Ges.,
SW., Astanischer Platz 3.

Der ergebene unterzeichnete Vorstand erlaubt sich, der
geehrten Direktion für die in hochherziger Weise zugesandte
Unterstützung von 8400 Mk. auf ein Jahr seinen verbind-
lichsten Dank auszusprechen. Wir werden unsere Dankbar-
keit auch durch die Tat dadurch zu verwirklichen streben, dass
wir getreu unseren Prinzipien mit aller Kraft für den Frie-
den in der deutschen Industrie kämpfen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.“

Aber nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch
sollen die Mitglieder der gelben Vereine verschärft wer-
den. Das geht zur Evidenz aus einem Briefe hervor, den
Lebius an den Professor Dr. Budde richtete:

„Herrn Direktor Professor Dr. Budde.
In dem letzten Montagblatt des „Berliner Tageblatts“
war anlässlich einer Rede des Reichstagsabgeordneten Dr.
Strefenmann — in einem Vaterländischen Arbeiterverein in
Zittau — ein äußerst gefälliger Artikel gegen die gelbe Ar-
beiterbewegung enthalten.

Die Gelben werden als Reaktionäre dargestellt und vor
ihnen gewarnt. Ich glaube, dass wir viele stille und offene
Gegner entwerfen würden, wenn wir politisch hervortreten
und uns als Industriepartei betätigen würden. Ich würde
vorschlagen, ungeführt nationalliberale Politik zu machen, diese
aber nationaldemokratisch zu nennen. Den Anschluss an die
nationalliberale oder freikonserervative Partei würde ich prak-
tisch nicht für richtig betrachten. Der größere Teil der ehe-
maligen Sozialdemokraten versagte uns dann sicherlich aus
Dorurteil die Gefolgschaft. Nennen wir uns anders, so sieht
es aus, als ob wir ganz neue Bahnen wandeln, und die
ehemaligen Sozialdemokraten werden es leichter über sich
gewinnen, mitzumachen. Es kommt ja nicht darauf an, wie
wir etikettiert sind, sondern was wir in Wirklichkeit sind.

Herr Direktor Peierls hat schon mehrmals darauf auf-
merksam gemacht, dass wir um die politische Betätigung nicht
herumkommen. Falls die maßgebenden Arbeitgeberkreise ba-
mit einverstanden wären, könnten wir vielleicht im Herbst
still und unauffällig mit dem Aufbau der politischen Organi-
sation beginnen. In drei Monaten wären wir dann wohl
soweit, um auch an die Öffentlichkeit treten zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.“

Wenn an Herrn Lebius in moralischer Hinsicht noch
etwas zu verurteilen wäre, so würde es durch diesen
Brief geschehen. Dass Arbeitgeber mit einem solchen
„Führer“ in Verbindung treten könnten, stellt ihnen kein
gutes Zeugnis aus. Die Vergiftung, die dadurch in das
öffentliche Leben hineingetragen wird, ist geradezu un-
absehbar. Der letzte Rest von Vertrauen der Arbeiter
zum Arbeitgeber muß dadurch untergraben werden.

So sieht das „dringende Bedürfnis“, aus dem die Gelben hervorgegangen sind, aus. Wenn die Gelben die Bedürfnisse und das Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes aus dem Nachener Bezirk auch nicht Neues bieten, so bestätigen sie doch das bisher Behauptete. Die Gelben sind von den Unternehmern gegen die wirklichen Arbeitervertretungen gegründete Organisationen, die von ihnen ausgehalten werden und von ihnen abhängig sind. Nicht aus den Arbeitern selbst sind die Gelben hervorgegangen, sondern sie sind von den Unternehmern und deren Helfershelfer, die dafür reichlich bezahlt werden, gegründet worden — als Arbeiterorganisation gegen Arbeiterorganisation im Interesse der Unternehmer. Sie sollen der Niederhaltung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft dienen, um den Herr im Hause-Standpunkt der Großunternehmer, wenn auch nur künstlich, zu stützen. Damit genügt! Wir werden die in der Nachener Denkschrift aufgestellten Behauptungen gelegentlich auf ihren wahren Wert untersuchen, für heute galt es uns nur darum, die Tätigkeit der Gelben und ihrer Protektoren einer Beleuchtung zu unterziehen.

Christliche Gewerkschaften und Konsumvereinsbewegung.

Die Selbsthilfebemühungen der Arbeiter haben sich von jeher vornehmlich auf drei Gebiete erstreckt: das Unterstützungskassenwesen, die Gewerkschaften und die Konsumvereine. Das Unterstützungskassenwesen ist in dem Maße in den Hintergrund getreten, als die staatliche Versicherungsgegebung die wichtigsten Zweige der Unterstützung geregelt hat. Was an Unterstützungskassen heute noch gefördert wird, gilt als Ergänzung und Zusatz zu den staatlichen Anstalten. Deshalb bildet das Unterstützungskassenwesen keine eigene besondere Bewegung mehr, sondern kommt in der Form von Wohlfahrtszwecken bei den verschiedensten bestehenden Vereinigungen zum Ausdruck. Auch unsere christlichen Gewerkschaften haben ihre Sterbekassen, ihre Krankenkassen und Arbeitslosenstellen. Für sie wird im wesentlichen die Arbeitslosenunterstützung der Hauptzweig des Unterstützungswesens sein, solange nicht die Gesetzgebung auch hier eingegriffen hat. Dagegen hat die Gewerkschaftsbewegung und die Konsumvereinsbewegung in den letzten Jahrzehnten einen außerordentlichen Aufschwung und Ausbreitung gewonnen. Wie die christlichen Arbeiter in der Gewerkschaftsfrage sich von der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung separiert haben, so waren sie auch veranlaßt, ihre eigene Konsumvereinsbewegung zu schaffen. Der allgemeinen Konsumvereinsbewegung kann man zwar im allgemeinen nicht nachsagen, daß sie der sozialdemokratischen Propaganda in gleichem Maße diene wie die freie Gewerkschaftsbewegung. Es hängt hier vieles von den lokalen Verhältnissen ab, und diese lokalen Verhältnisse bringen es nur zu oft mit sich, daß die Konsumvereinsbewegung der sozialdemokratischen Propaganda Vorzug leistet. Wie dem aber auch immer sein mag, die in den letzten Jahren entstandene Konsumvereinsbewegung der christlichen Arbeiter will möglichst ihre eigenen Wege gehen. Es lag in der Natur der Verhältnisse, daß diese Konsumvereine entstanden als Nebenvereine der christlichen Gewerkschaften. Diesem sind dieselben indirekt von Zahlstellen der christlichen Organisationen ins Leben gerufen und gefördert worden. Dieses Nebeneinanderbestehen der Konsumvereine und der christlichen Gewerkschaften hat einzeln zu Streitigkeiten recht unangenehmer Art geführt, die sehr gut hätten vermieden werden können, wenn in den beteiligten Kreisen eine größere Klarheit über die Besonderheiten der Gewerkschaften einerseits und der Konsumvereine andererseits bestanden hätten. Es erscheint uns deshalb notwendig, an dieser Stelle die Stellung der Gewerkschaften und Konsumvereine zu einander etwas näher zu präzisieren. Wir geben dabei im wesentlichen die Gedanken wieder, welche bei einer persönlichen Aussprache zum Ausdruck kamen.

Gewerkschaften und Konsumvereine gelten beide als Hilfsmittel zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Stände. Die christlichen Gewerkschaften suchen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder zu verbessern, würdige und dauernde Arbeitsbedingungen in der Form von korporativen Arbeitsverträgen durchzusetzen. Sie sind baut ihrer Rührigkeit und Opferwilligkeit als mitbestimmendes Tariforgan heute fast überall anerkannt. Zur Erfüllung dieses Zweckes ist es ihre weitere Aufgabe, die Mitglieder zu schulen und zu erziehen für die Handhabung der Tarifverträge. Im weiteren sehen sich die Gewerkschaften zur Aufgabe, die soziale Gesetzgebung auszubauen und praktisch zur Durchführung zu bringen.

Zur Erreichung ihrer Ziele müssen die christlichen Gewerkschaften Massen sammeln, welche einen regelmäßigen Beitrag zu leisten haben. Diese Massen müssen geordnet, diszipliniert, unterrichtet und belehrt werden in regelmäßig stattfindenden Versammlungen, Unterrichtsreisen, Konferenzen usw. Praktisch haben die christlichen Gewerkschaften bei all ihren Maßnahmen nach den Grundsätzen von Treu und Glauben, Wahrheit und Gerechtigkeit zu handeln und dabei die Glaubens- sowie die politische Ueberzeugung ihrer Mitglieder zu respektieren, d. h. nicht zu verletzen.

Die Konsumvereine haben im wesentlichen den Zweck, die Kaufkraft des Arbeitshomes nach Möglichkeit zu erhöhen durch Vermittlung billiger Lebensmittel. Ihr Zweck ist die Warenvermittlung genossenschaftlich zu betreiben und durch Preisermäßigung möglichst billige Preise zu erzielen und durch Selbstkontrolle eine gewisse Garantie für die Güte der vermittelten Waren zu schaffen. Die dadurch erzielten Ersparnisse kommen den Mitgliedern voll und ganz zugute. Durch den Anschluß der Barzahlung, den die Konsumvereine allgemein durchzuführen, wirken sie erheblich auf die Mitglieder und bekämpfen das Bargeschäft. Die Konsumvereine sind gebildet auf Grund des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1888. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Erhebung eines Anteilsgeldes und Entrichtung des Eintrittsgeldes.

Gewerkschaften und Konsumvereine unterscheiden sich in der praktischen Betätigung ganz wesentlich. Die Gewerkschaften bedürfen zur Erreichung ihrer Ziele einer lebendigen

gen Vereinstätigkeit: Versammlungen, Konferenzen, Verhandlungsorgane, Vertrauensmänner, Ortskartelle usw. Die Gewerkschaft erfaßt deshalb den einzelnen viel persönlicher und intensiver und fordert von ihm eine große persönliche Opferwilligkeit und Anteilnahme. Der Konsumverein hingegen fordert eine solche intensive Vereins- und Organisationsfähigkeit nicht. Mit der Bezahlung des Eintrittsgeldes und des Anteilsgeldes ist die finanzielle Verpflichtung erledigt. Weiter verlangt der Konsumverein nur von den Mitgliedern, daß sie möglichst ihre Waren in den Konsumvereinsgeschäften kaufen. Dazu kommt höchstens noch die Beilohnung der Jahresversammlung und Entgegennahme des Geschäftsberichts. Soweit der Konsumverein agitatorisch tätig ist zur Werbung neuer Mitglieder, wendet er sich an die Allgemeinheit der Arbeiterschaft und verlangt selbstverständlich auch, daß die einzelnen Mitglieder den Konsumvereinsgedanken weiter verbreiten. Damit soll nicht verkannt werden, daß auch in der Genossenschaftsidee ein großes Maß von praktischer Solidarität steckt, und ohne Pflege des Genossenschaftsgedankens kann auch die Konsumvereinsbewegung nicht auskommen.

Gewerkschaften und Konsumvereine sind sonach selbständige, voneinander unabhängige Organisationen, die jede ihre besonderen Ziele verfolgen und ihre eigenen Wege gehen müssen. Eine Verquickung beider Bewegungen miteinander muß deshalb möglichst vermieden werden, und zwar vornehmlich deshalb, um Störungen und Komplikationen zu vermeiden. Leider ist dies nicht immer in genügendem Maße beachtet worden. Nur zu oft findet man die christliche Gewerkschaftsbewegung mit der christlichen Konsumvereinsbewegung fast vollständig miteinander verbunden, sowohl durch Personen, die in beiden Organisationen die leitenden Stellen einnehmen, wie auch, daß die Gewerkschaftsversammlungen zur Agitation für die Konsumvereine benutzt werden. Wir finden deshalb auch noch vielfach den irreführenden Titel „Christlicher Gewerkschaftskonsumverein“. So sehr nun anzuerkennen ist, wenn sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften bei der Gründung von Konsumvereinen betätigen und an dem Ausbau derselben mitarbeiten, so muß andererseits auf eine strenge Scheidung der Organisationen selbst gehalten werden. An manchen Orten hat diese enge Verquickung zwischen Konsumverein und christliche Gewerkschaft zu persönlichen Streitigkeiten Anlaß gegeben, die schließlich beiden Bewegungen nicht förderlich waren. Es hat sich auch gezeigt, daß man bei Gründung von Konsumvereinen oft nicht mit der Umsicht und Sorgfalt vorgegangen ist, wie dies zu wünschen wäre. Der Rückschlag im Konsumverein bildet auch in der Regel ein Rückschlag für die christliche Gewerkschaftsbewegung, falls letztere sich zu sehr engagiert hat. Daraus entwickelt sich weiter eine gewisse Gegnerschaft gegen die Konsumvereinsbewegung überhaupt. Vom Standpunkte der christlichen Gewerkschaften muß aber mit aller Entschiedenheit betont werden, daß unsere Organisations- und unsere Gewerkschaftsarbeit unter der Konsumvereinsbewegung in keinem Falle leiden darf. An diesen Grundgedanken müssen sich alle Leiter der Ortsgruppen und Ortskartelle halten. Um aber möglichst eine Durchsicht der Durchsicht der beiderseitigen Organisationen zu vermeiden, wollen wir versuchen, kurz folgende Richtlinien dafür zu geben.

1. Die Konsumvereine regeln ihre inneren Angelegenheiten durch ihre eigenen Organe: Vorstand, Aufsichtsrat, Generalversammlung; es ist nicht Aufgabe der Vorstände der Ortskartelle, der Zahlstellen und der Gewerkschaftsbeamten, sich in diese Angelegenheiten einzumischen. Ebenso sollen die Versammlungen der christlichen Gewerkschaften sich mit den inneren Angelegenheiten der Konsumvereine nicht befassen. Lassen es die örtlichen Verhältnisse geboten erscheinen, daß die christlichen Gewerkschaftler fördernd in die Konsumvereinsbewegung eingreifen, so kann dies nur in freier Versammlung geschehen und lediglich aufklärend und unterrichtend über Konsumvereine im allgemeinen.

Ganz besonders sollen in den Sitzungen der Ortskartelle und Zahlstellenvorstände keine inneren Angelegenheiten der Konsumvereine erörtert werden, weil erfahrungsgemäß dies nur zu leicht zu Verstimmungen und Uneinigigkeiten unter den führenden Kollegen führt.

2. Es soll nach Möglichkeit eine Personalunion zwischen den Gewerkschafts- und Kartellbeamten, sowie Zahlstellenvorständen einerseits und den Konsumvereinsvorständen und Aufsichtsräten, sowie den Konsumvereinsangestellten andererseits vermieden werden. Zu dem Zwecke sollen unsere Zahlstellen- und Kartellvorstände, welche zugleich Mitglieder eines Konsumvereins sind, eine Wahl in den Konsumvereinsvorstand und Aufsichtsrat möglichst ablehnen und dafür sorgen, daß nur solche tüchtigen Gewerkschaftler, die in der Gewerkschaft selbst keinen Posten bekleiden, in diese Ämter gewählt werden. Eine ähnliche Zurückhaltung ist den Gewerkschaftsbeamten zu empfehlen.

Dort, wo jedoch Mitglieder eines Kartellvorstandes oder eines Zahlstellenvorstandes oder Gewerkschaftsbeamte auch zu gleicher Zeit Mitglied im Vorstand oder Aufsichtsrat eines Konsumvereins sind, ist besonders scharf darauf zu achten, daß in Gewerkschaftsversammlungen und Sitzungen nur Gewerkschaftsangelegenheiten, und in Konsumvereinsversammlungen und Sitzungen nur Konsumsachen erörtert werden. Dasselbe gilt auch da, wo Angestellte der Konsumvereine als Vertrauensmänner oder Vorstandsmitglieder im Kartell und in der Zahlstelle tätig sind.

3. Kein Konsumverein ist berechtigt, den Namen „Konsumverein der christlichen Gewerkschaften“ oder einen ähnlich klingenden Namen zu führen! Die Mitglieder unserer Verbände, welche gleichzeitig Mitglieder solcher Konsumvereine sind (die den unterzeichneten oben bezeichneten Namen führen), sollen beim Vorstand und Aufsichtsrat sowie auf der Generalversammlung des fraglichen Konsumvereins dahin wirken, daß der Titel (bzw. Name) umgeändert wird und der Zusatz „Konsumverein der christlichen Gewerkschaften“ beseitigt wird.

4. Die Gelber der Zahlstellenlokalitäten oder der Kartellen dürfen unter keinen Umständen zum Anlauf von Anteilsgeldern der Konsumvereine verwendet werden.

Wenn vorkommende Leitende von unseren Beamten, Zahlstellen und Kartellvorständen, sowie von unseren Mitgliedern aufs genaueste befolgt werden, wird es möglich sein, die christlichen Gewerkschaften und die Arbeiterkonsumvereine auch bei den vollständig unbeteiligten als zwei vollständig voneinander unabhängige Bewegungen hervortreten zu lassen. Nur so werden unnütze Reibereien und persönliche Zankereien zwischen Vertretern der beiden Organisationen miteinander vermieden und eine Rahmlegung der einen Organisation durch die andere an einem Orte verhindert und damit die Gewähr für eine weitere

blühende Entwicklung der christlichen Gewerkschaften (sowie der Arbeiterkonsumvereine an allen Orten gegeben. (Zentralblatt.)

Rundschau.

Arbeiter als Schöffen. Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Aachen und Umgegend hatte im vergangenen Jahr an maßgebender Stelle das Ersuchen gerichtet, in Zukunft Arbeiter als Schöffen und Geschworenen zu bestellen. Auf dieses Ersuchen ist nunmehr die Antwort erfolgt. Für das Jahr 1909 sind acht unserer Kollegen als Schöffen berufen worden, jeder derselben hat fünfmal im Jahre 1909 als Schöffe zu fungieren.

Wiederum ein Beweis praktischer Kartellarbeit. Es ist doch eine Hauptaufgabe der Kartelle, Einreichung der Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaftsordnung und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft auf den verschiedensten Gebieten zu erstreben.

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hat in diesem Winter einen besonders großen Umfang angenommen. Im Durchschnitt des Reiches kamen bereits im November auf je 100 offene Stellen 243,5 Arbeitsuchende, während es im Vergleichsmonat 1907 nur 159,2 gewesen waren. 1906 hatten sich auf je 100 offene Stellen nur 141,8 Arbeitsuchende gemeldet. Ganz unvermittelt hat der Andrang in diesem Jahre vom Oktober auf November eine besondere Verstärkung erfahren, obwohl die Bautätigkeit im November kaum stärker beeinträchtigt als im Oktober. Der Andrang stieg nämlich vom Oktober auf November um 57,7 pro hundert offene Stellen, während er im Vorjahr nur um 41,1 gestiegen war. In fast allen Provinzen Preußens und den anderen Landesteilen des Reiches geht der Andrang erheblich über den des Vorjahres hinaus; in einzelnen Gegenden erreicht er eine außerordentliche Höhe. So sei nur das Großherzogtum Hessen herausgegriffen, wo im November auf je 100 offene Stellen 575,4 Arbeitsuchende kamen gegen 317,9 im Oktober und 304,6 im Vorjahr. Nächst Hessen weisen die Provinzen Posen, Pommern und Schlesien einen ungewöhnlichen Andrang Arbeitsuchender auf; in Posen ging er bis auf 450, in Pommern auf 421 und in Schlesien gar bis auf 474 hinauf. In den nordöstlichen Provinzen war das Ueberangebot nicht ganz so stark; dagegen weist Brandenburg mit 317 auch schon eine sehr hohe Ungunst auf. In Hannover, Rheinland-Westfalen und Hessen-Kassau ist der Andrang nicht ganz so hoch wie in den östlichen Provinzen; immerhin geht er auch in diesen Provinzen über 200 bzw. 300 hinaus. Nicht unglücklich ist auch die Arbeitslosigkeit für Bauarbeiter im Königreich Sachsen, wo der Andrang bis auf 405 hinaufgegangen ist. In Baden beträgt er 402. Eine starke Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr weist der Arbeitsmarkt ferner in Bayern, Württemberg und Elsaß-Lothringen auf; in Württemberg ging er sogar bis auf 321,2 hinauf.

Wo die Reise hingehet. Aus Elberfeld schreibt man uns: „In Nr. 3 der Baugewerkschaft wurde ein unerhörter Vertrauensbruch aus Krefeld gemeldet. Ein ähnlicher Fall kann auch von hier berichtet werden: Am 21. und 22. Januar finden hier die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Dieses Mal noch nach dem Mehrheitsystem wie früher. Es ist jedoch das letztemal, daß nach diesem System gewählt wird, da das Gewerbegericht beschlossen hat, die Verhältniswahl einzuführen. Die Soziale Vereinigung hatte schon mehreremal den Antrag auf Einführung der Verhältniswahl gestellt, auch an die Königliche Regierung. Die Soziale Vereinigung kam nur dieses Mal zu dem Beschluß, den Mitgliedern der angeschlossenen Vereine und Gruppen Wahlentlastung zu empfehlen, da bei dem Mehrheitsystem nicht auf einen Erfolg zu rechnen war. Dieser Beschluß sollte den Mitgliedern der Organisationen durch ein Flugblatt bekannt gegeben werden. Das Flugblatt war am Montag, dem 11. Januar in Druck gegeben worden und sollte am Sonntag, dem 17. Januar den Mitgliedern zugestellt werden. Bis dahin sollte es geheim bleiben. Das Flugblatt war aber kaum aus der Druckerei heraus, als schon die „Freie Presse“ (sozialdemokratisches Parteorgan) in der Lage war, den Inhalt des Flugblattes mitzuteilen. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein sozialdemokratisch organisierter Maschinenmeister noch während des Druckes einen Abzug einem anderen Genossen übermittelte hat. Wie das Blatt dann weitergekommen ist, ist nicht festgestellt worden. Ebenfalls dürfte aber die eine von dem betreffenden Maschinenmeister eingestandene Tatsache zur Aufklärung des Vorganges genügen. Der sozialistische Vertrauensmann hat sich eher einen Abzug zu verschaffen gewünscht, als der Arbeitgeber, bei dem das Flugblatt hergestellt wurde. Jedenfalls ein Beitrag zu der „Neutralität“, wie sie von Mitgliedern des Buchdruckerverbandes gehandhabt wird. Wenn dieses Regel würde...“ Ja, wenn dieses die Regel würde, diese Frage stellt mit Recht unser Gewährsmann. Das eröffnet ja ganz nette Perspektiven.

Ausländer — sozialdemokratische „Bergarbeiterzeitung“ — und „Berliner“ Arbeiter. Mit gutem Spiel: Ertröstung erweist sich die sozialdemokratische „Bergarbeiterzeitung“ und die von ihr bediente sozialdemokratische Presse des rheinisch-westfäl. Industriegebietes über die von uns verübte „Sünde“, daß wir anlässlich der Bergarbeiterwahl sagten, das ganze ausländische Gesindel, von den wenigen Anständigen abgesehen, stünne immer für die Sozialdemokraten. Die „Bergarbeiterzeitung“ nennt das eine Beschimpfung der Ausländer, und — bei dem Charakter dieses Blattes ist das verständlich — sie konstruiert sogar eine Beschimpfung der Arbeiterschaft daraus. Dabei haben wir diese und ähnliche Worte über die ausländischen Arbeiter schon so oft aus sozialdemokratischem Munde gehört, daß es sich kaum um unser eigenes Produkt handelt. Und die vielfachen Epitheta für Ausländer, die besonders im Ruhrgebiet gebraucht werden, und die je nach der Rationalität verschieden sind, laufen im Grunde genommen auf nichts anders hinaus. Das ist auch der „Bergarbeiterzeitung“ bekannt, auch daß im Epithetengeben die sozialdemokratische Presse besonders groß ist. Sie wird aber nach unserer Einschätzung in ihren Reihen gemäß Blaublitz finden. Als wir den Erguß lösen, überflutet uns

ein schelmisches Lächeln. Wir stellten uns im Geiste den roten Schreiber vor, wie er mit hochhaft pfliffiger Miene die „Rostne“ auf ihren Wert prüfte, und dann mit der schneidenden Miene eines Bidermeiers, der noch nie ein Wässerchen getrübt hat, loschlug. Dabei gibt es kein Blatt in der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, das an Infantie gegen die christlichen Arbeiter reicher wäre, wie die „Vergarbeiterzeitung“. Ein Blatt, das sich nicht entblödete mit Bezug auf die vom christlichen Gewerksverein gewählten Arbeiterausschussmitglieder zu schreiben:

Es fehlt dem Menschen zum Hunden nur
Ein richtiger Schweiß zum Werdeln.
O du grundgütige Mutter Natur,
Du Spenderin alles Edeln,
Gib doch auch solchen Menschen ihr Recht,
Ihr eigenes Recht auf Erden
Und laß das nächste Menschengeschlecht
Mit Schwänzen geboren werden.

Das war eine niederträchtige Beschimpfung der Vergleute ohne Unterschied — auch der Ausländer. Aber:

Ich mag den Franzmann grümmig hassen
Doch seine Weine trink ich gern.

Wenn die Sozialdemokraten die ausländischen Arbeiter auch nicht lieben, ihre Wahlhilfe ist ihnen immer angenehm, und aus diesem Grunde betreiben sie ja auch so eifrig ihre Naturalisation. Inwiefern daher der § 14 des Vergewerkschaftsgesetzes Wirkung ausübt, können wir nicht untersuchen. Und daß die zur Schau getragene rote Liebe kaum echt sein kann, dafür lassen wir den Geschichtskalender des sozialdemokratischen Maurerverbandes reden.

Wir greifen da heraus:

1899. 16. Mai: Augsburg, Maurerstreik. Am 17. und 18. Juli: Anklagen infolge Zugzwang von Stallenern. Militärangriff. Landfriedensbruchprozess. Strafkammer verurteilt am 28. November 31 Angeklagte zu 12 Jahren 6 Monaten Gefängnis; Schwurgericht am 29. Januar 1900 13 Angeklagte zu 8 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

1903. 6. März: Bromberg, Zimmererstreik, Maurer folgen; führt zur Ausperrung. Italienische Streikbrecher. Krawalle. Landfriedensbruchprozess. 2. Juli: 9 Angeklagte, 4 Jahre Zuchthaus, mehrere Jahre Gefängnis; 10. Juli: 18 Angeklagte, 14 Jahre Zuchthaus und 17 Jahre Gefängnis.

12. Mai: Dresden, Ausperrung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter. . . . 26. Mai: Anlauf infolge Anknüpfung schiedlicher „Arbeitsmittler“. Verurteilung eines aus Neugierde hinzugekommenen Maurers zu 1/4 Jahr Gefängnis.

1904. 2. April: Bremerhaven; Ausperrung der Maurer und übrigen baugewerblichen Arbeiter. . . . Holländische, böhmische und italienische Streikbrecher. 27. August: Anlauf. 10. Dezember: Landfriedensbruchprozess, wo 12 Angeklagte insgesamt zu 5 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Wenn ein sozialdemokratischer Geschichtskalender derartiges mitteilt, wird man sich über die „Vergarbeiterzeitung“ nicht weiter aufregen; sie tut nur so, um die Ausländer für ihre Zwecke einzufangen. Ebenso durchsichtig ist mit unserer Kennerung der „Zentrumsabgeordnete“ Wiedeberg in Verbindung zu bringen. Wiedeberg hat damit nichts zu tun, das ist lediglich Angelegenheit der Redaktion. Ober ist es in der „Vergarbeiterzeitung“ anders? Dann identifiziert sich der Reichstagsabgeordnete Sachs mit all den Schimpereien und Unwahrhaftigkeiten der „Vergarbeiterzeitung“. Wir stellen ja erst in Nr. 2 dieses Blattes eine Unwahrheit und Verleumdung genannten Organs über unseren Verband fest. Unsere Stellung in der Ausländerfrage ist aber so bekannt, daß uns keine Verächtlichkeit, besonders von jener Seite etwas anhaben kann.

Nun zu dem Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) „Der Arbeiter“. Wir ermahnen unsere Mitteilungen über das Ergebnis der Vergewerkschaftswahl der „Katholischen Volkszeitung“, die jedoch später eine Berichtigung erfuhr. Die betr. Nummer der „Baugewerkschaft“ war bereits im Druck, und konnten wir eine Korrektur nicht mehr vornehmen. Nach dem Angriff der „Vergarbeiterzeitung“ verschoben wir die Berichtigung bis zu unserer Antwort, und teilen sie nun nach dem „Vergknappen“ mit. Danach hatte der Gewerksverein 15 317 Stimmen und 25 Beisitzer, der sozialdemokratische Vergewerksverband 22 510 Stimmen und 53 Beisitzer, die Polen 3500 Stimmen und 2 Beisitzer, die Hirsch-Dunker 123 Stimmen, die Bedientkandidaten 349 Stimmen. Was tut nun „Der Arbeiter“? Da es ihm jedenfalls um einen Kollegen im Ärgen zu tun ist, den er aber an uns nicht finden kann, teilt er seinen Lesern mit, die „Katholische Baugewerkschaft“ . . . teilt ihren Lesern fälschlich mit usw. Dabei weiß das Blatt in seiner Nr. 52 vom vergangenem Jahr selbst auf die betr. Notiz der „Katholischen Volkszeitung“ hin, es mußte also wissen, daß wir sie von dort übernommen hatten. Was bezweckt das Blatt damit? Lediglich um uns der Unwahrhaftigkeit zu zeihen? Und dabei orientiert das „Katholische“ Blatt seine Leser wie auch sonst, wenn es sich um die christliche Gewerkschaft handelt, wiederum über die Vergewerkschaftswahl aus der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“. Dabei hat das sozialdemokratische Blatt nicht nur eine falsche Zahlenangabe gebracht, sondern auch den Gewerksverein dahin verächtigt, daß ihn die Bedientkandidaten zugewiesen worden seien usw. Anstatt nun die eigenen falschen Angaben zu berichtigen, auch die übrigen vom „Vergknappen“ mitgeteilten Tatsachen, daß an der diesjährigen Wahl die sozialdemokratischen Hauptdomänen stark beteiligt waren, und daß es dem Gewerksverein nicht möglich war, in einer Reihe von Bezirken auch nur Kandidaten aufzustellen; mitzuteilen, schreibt das katholische feintrollende Blatt mit der Miene eines Pharisäers, von der falschen Berichterstattung unfreiwillig. Man kann dem Vergknappen nur zustimmen, wenn er in seiner Nr. 3 schreibt, es hat keinen Zweck, die unehrlichen Führer der Berliner Bewegung bessern zu wollen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: die Firma Jensen in Neurath b. Düsseldorf, die Firma Kellner in Castro, die Firma Evers in Neuentrichen b. Rheine, wegen Nichtmitnahme des Tarifvertrages, Hannover (Schiffbauere). Zwang ist fernzuhalten.

Bezirk Hannover.

Hannover. Hier haben die Unternehmer der Schuhbranche einmal wieder eine sozialpolitische Tat vollbracht. Am 9. Januar wurde den Kollegen ein Manifest von Arbeitsordnung zur Unterschrift vorgelegt. Da diese Arbeitsordnung von den Arbeitgebern einseitig ausgearbeitet worden ist, dazu eine Verlängerung der Arbeitszeit um täglich 1/2 Stunde, sowie eine Lohnreduzierung von pro Tag bis über 1 Mk. vorliegt, lehnten die Kollegen die Unterschrift ab. Die Folge war die Aussperrung der Schulkature am 11. Januar. Wenn die auswärtigen Kollegen Hannover bis auf weiteres meiden, wird es möglich sein, diesen Gewalttät zu rüch-zuweisen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Zimmerer.

Allenstein. Am 6. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung bestand aus folgenden Punkten: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, 2. Jahresbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Wahl zweier Lohnkommissionsmitglieder, 5. Gewerkschaftliches. Die Quartalsabrechnung wurde vom Kassierer, Koll. Anuth, vorgelesen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Jahresbericht wurde vom Kassierer Koll. Neumann wie folgt erstattet: 1903 sind an Marken verkauft worden, Beitragsmarken à 45 Pf. 1068 gleich 480,60 Mk., Arbeitslofenmarken à 25 Pfennig 366 gleich 91,50 Mk., Extramarken à 45 Pf. 86 gleich 38,70 Mk., Eintrittsmarken à 50 Pf. 3 gleich 1,50 Mk., Lotosalbmarken à 10 Pf. 286 gleich 28,60 Mk.; die Gesamtsumme betrug 640,90 Mk. Einnahme der Zentralkasse 526,26 Mk., Einnahme der Lotokasse 215,94 Mk., Ausgabe der Zentralkasse 119,95 Mk., Ausgabe der Lotokasse 211,69 Mk. Es wurden im Laufe des Jahres drei Mitglieder aufgenommen. Ferner wurden abgehalten drei Generalversammlungen, zwölf Vorstandssitzungen und zwölf Mitgliederversammlungen. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender J. Junklewitz, 2. Vorsitzender D. Merriz, 1. Kassierer K. Neumann, 2. Kassierer F. Sendorowitz, 1. Schriftführer A. Groschke, 2. Schriftführer A. Anuth. In Revisionen wurden die Kollegen Groschke und Anuth gewählt. Als Hilfskassierer meldete sich Kollege Verschörsli freiwillig. (Wabau!) In die Lohnkommission wurden die Kollegen Cefor und Junklewitz gewählt. Der Vorsitzende Kollege Junklewitz dankte den zahlreich erschienenen Kollegen für das Vertrauen, das sie dem Vorstande bisher entgegengebracht haben, und bat auch um treue Mitarbeit im neuen Jahre. Als gutes Zeichen sei es zu betrachten, daß auch in diesem schlechten Wirtschaftsjahre alle Kollegen treu und fest zum Verbands hielten und wir noch drei Neuzugänge zu verzeichnen hatten. Zu Punkt 5 (Gewerkschaftliches) ergriß Koll. Marschall, Vorsitzender der Jahrestelle der Maurer, das Wort und gab in kurzen, kernigen Worten einen Überblick über das vergangene Jahr. Die Zimmerer Allensteins haben es bewiesen, daß sie auch in ersten Zeiten treu zur Fahne des christlichen Verbandes gehalten haben. Allen jenen, die da gemeint haben, in unsere Jahrestelle Uneingigkeit und Zwietracht hineinzutragen, wäre anzuraten, jeden Hader beiseite zu lassen, denn erster als je sind die Zeiten für uns, und nur durch Einigkeit, kollegialisches Benehmen und treues, festes Zusammenhalten ist es möglich, daß wir bei der Frühjahrsversammlung mit unseren Arbeitgebern unseren Wünschen Geltung verschaffen. Es hat daher ein jeder sich zur heiligsten Pflicht zu machen, nach Kräften mitzuarbeiten. Nicht nur für seine Standesinteressen zu sorgen, sondern auch in den Reihen der anderen Berufs, deren es hier noch so viele gibt, Streiter für die christlichen Gewerkschaften zu werben, damit auch die anderen christlichen Berufsorganisationen hier Fuß fassen, und Allenstein eine Hochburg der christlichen Gewerkschaft wird. Nachdem noch einige praktische Winke für eine erfolgreiche Agitation gegeben worden, wurde die Versammlung mit dem Hinweis, daß von jetzt bis 1. März die Versammlungen alle 14 Tage stattfinden, mit brausem Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Maurer.

Bonn, 20. Dezember 1908. Unsere Verwaltungsstelle hielt heute eine Ausschusssitzung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftsbericht des Kollegen Mikus. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Referat des Bezirksleiters über unsere nächsten Aufgaben. Bezirksleiter Kollege Lange, der die Konferenz leitete, schilberte eingehend, unter welchen schwierigen Verhältnissen die Verwaltungsstelle Bonn zu kämpfen gehabt habe. Kaum gegründet, mußte die Organisation sofort einen hartnäckigen Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führen. Da die Kollegen vor dem Kampfe über die tieferen Gründe der Organisation noch nicht aufgeklärt waren, traten viele schon während des Kampfes von der Organisation wieder zurück. Dadurch wurde jedoch nicht nur der volle Erfolg des Kampfes vereitelt, sondern die Kollegen sanken in Gleichgültigkeit und hinderten dadurch den Aufstieg der Bauarbeiterchaft im Bonner Gebiet. Ein erschwerender Umstand liegt, daß die Bauarbeiter meist in den Vororten wohnen, dagegen in der Stadt selbst nur wenige Kollegen. Um einen Zentralpunkt zu schaffen, habe er vor zwei Jahren den Kollegen Mikus aus Köln gebeten, er möge im Interesse der Organisation in Bonn Arbeit nehmen und die Agitation sowie die Geschäftsführung übernehmen. Kollege Mikus habe dieses im Interesse unserer christlichen Arbeiterbewegung getan und sei unter seiner Leitung die Organisation gewachsen. Kollege Mikus habe sich schnell das Vertrauen aller Kollegen erworben; seiner Pflanztruppe sei es mitzuberufen, daß die Organisation 1906 so erblühte, daß 1907 ein Tarifvertrag mit 4 Pf. Lohnreduzierung sowohl für Maurer als auch für Hilfsarbeiter abgeschlossen werden konnte. Leider habe uns Kollege Mikus verlassen, indem er sich in Hönningen eine selbständige Existenz gegründet habe. Unter lebhafter Zustimmung aller Delegierten sprach Kollege Lange dem Kollegen Mikus für sein pflanztruppen Wirken den Dank aus und wünschte ihm ferneres Wohlergehen. Kollege Mikus dankte allen Kollegen für das Vertrauen, das sie ihm entgegengebracht hätten. Nicht ihm gebäre der Dank, führte er aus, sondern allen Mitstreitern, den Vorständen und Vertrauensmännern in den Jahrestellen, ohne deren Mitwirkung die Erfolge unmöglich gewesen wären. Er schied ungern aus dem ihm so lieb gewordenen Bonn, aber Rücksicht auf seine Gesundheit und Familie hätten ihn dazu gezwungen, einen anderen Beruf zu ergreifen. Nach der Erstattung des Tätigkeitsberichtes ermahnte er alle Delegierten, doch ja auf dem Damm zu sein, damit auch die Bauarbeiter von Bonn und Umgebung den Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses erhielten, wie das in Köln und anderen Orten der Fall ist. In der Diskussion sprachen alle dem Kollegen Mikus ihren Dank aus und behauerten sein Scheiden. Die Erledigung der Ergänzungswahl wurde durch Stimmzettel vorgenommen und ging glatt vonstatten. Gewählt wurden folgende Kollegen: Kollege Fritz Ring-Godesberg, erster Vorsitzender; Kollege Bayer-Friesdorf, erster Kassierer; Kollege Pung, erster Schriftführer; Kollege Bell, zweiter Schriftführer. In Revisionen wurden die Kollegen Kramer und Windhagen gewählt. Für den zweiten Vorsitzenden und zweiten Kassierer war eine Wahl nicht notwendig, weil die beiden Kollegen ihr Amt beibehalten. Kollege Lange hielt dann noch eine kurze Ansprache, indem er an die nächsten Aufgaben der Organisation erinnerte und Instruktionen erteilte, wonach die

Vorstandsmitglieder die Versammlungen vorbereiten und interessant gestalten sollen, desgleichen wie die Kollegen durch die Hausag. . . an die Unorganisierten gewinnen können usw. Einstimmig wurde Kollege Lange beauftragt, sich um eine passende Ersatzkraft für den Kollegen Mikus umzusehen, was er auch versprach. Hierauf wurde die anregend verlaufene Ausschusssitzung geschlossen. Die Jahrestellen wurden noch gemahnt, die Abrechnung doch umgehend fertig zu stellen und dieselbe an den Kollegen Jakob Bayer, Friesdorf, Prinzenstr. 136, einzuliefern.

Fröbel. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 26. Dezember 1908 ihre Mitgliederversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Bericht des Kassierers. Die Abrechnung wurde vom Kollegen Pannoch vorgelesen, dieselbe wurde vom Vorsitzenden Staffa und Revisoren Kollegen Müller für richtig befunden erklärt. Als Vorsitzender wurde Kollege Staffa, als Kassierer Kollege Kroll, als Schriftführer Kollege Kroll, als Revisoren die Kollegen Müller und Wohl und als Vertrauensmänner die Kollegen Phielitzky und Miesko gewählt. Dieselben nahmen die Wahl dankend an und versprachen, ihr Amt gewissenhaft auszuführen. Die Mitgliederzahl beträgt 45. Zum Schluß wurden die Kollegen zu eifriger Agitation aufgefordert.

Großhennbrunn. Am 3. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Zum Punkt 1 gab der Kassierer den Jahresabschlussbericht. Derselbe wurde mit Befriedigung entgegengenommen. Dann erfolgte die Vorstandswahl. Gewählt wurden: zum 1. Vorsitzenden Johann Häfner, zum 2. Vorsitzenden Johann Häfner, zum Kassierer Josef Schöber, zum Schriftführer Friedrich Biegler, zu Revisoren Konrad Schöber, Alois Götter, zu Revisoren Johann Baptist Häfner und Johann Bolland, zu Hauskassierern Johann Häfner und Sebastian Bolland. Im Punkt „Bericht des Kassierers“ forderte der Vorsitzende die Kollegen zu eifriger Agitation auf, um in diesem Jahre die fernstehenden Kollegen in unsere Reihen hineinzubringen. Nach lebhafter Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Nettingen (Baden). Am 3. Januar hielt unsere Jahrestelle ihre Generalversammlung ab. Auch unser Herr Pfarrer Booz hatte uns in seinem Besuche beehrt, was freudig begrüßt wurde. Kollege Nach erstattete den Jahres- und Kassierenbericht. In interessanter Art ließ er die wichtigsten Ereignisse des verflossenen Jahres an unserem Geiste vorüberziehen, uns auf-fordernd, die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt, der alte Vorstand wurde wieder gewählt.

Lage. In unserer am 3. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Kassierer bekannt, daß unsere Mitgliederzahl 45 beträgt. Die Einnahmen betragen 704,20 Mk., wovon an die Zentralkasse 597,02 Mk. abgefordert wurden. Der Lotosalbbeitrag beträgt 187,74 Mk. Der Winterbeitrag beträgt 10 Pf. die Woche. In den Vorstand wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Schütter, Kollege Eidensträter als zweiter; zum Kassierer Kollege Weber zum 1. Schriftführer, Kollege Büdemann, Kollege Wind zum Bibliothekar, Kollege Wegmann und Winkeloh zu Revisoren, Kollege Adam Bohmann und Kleinmann zu Hilfskassierern. Mit dem Wunsch zu energischer Mitarbeit, damit die Unternehmer unsere Rechte anerkennen müssen, fand die Versammlung ihr Ende.

Lahr. Am 31. Dezember 1908 hielten wir unsere Generalversammlung ab. Nachdem der erste Punkt, Kassierenbericht, erledigt war, kamen wir zu dem der Vorstandswahl. Aus derselben gingen hervor: Johann Greßer als 1., Georg Schärer als 2. Vorsitzender, Johann Schreiner als 1., Wilhelm Strieder als 2. Kassierer, August Stodmann als 1., Georg Hof als 2. Schriftführer, als Revisoren Johann Schmidt und Johann Heun, Hauskassierer: Georg Kunz, Theodor Böcher. Nach beendeter Vorstandswahl wurden verschiedene Punkte zur Sprache gebracht, die eine lebhafte und lehrreiche Diskussion hervorriefen.

Lage. Unsere am 27. Dezember 1908 stattgefundenen Generalversammlung war gut besucht. Im Punkt 1 wurde der bevorstehende Tabakarbeiterkongress einer Besprechung unterzogen. In den Vorstand wurden gewählt: Heinrich Bömming als erster, Friedrich Michel als zweiter Vorsitzender, als Kassierer Heinrich Dym als erster, August Küßenberg als zweiter, als Schriftführer Johann Fischer als erster, Johann Boges als zweiter, zu Revisoren Johann Wotto und Andreas Schwach, als Hauskassierer Johann Fischer und Friedrich Michel. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Dann kamen wir zu Punkt 3. Unser Kassierer erstattete die Abrechnung vom 4. Quartal; dieselbe war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Im Jahre 1908 sind eingegangen an die Hauptkasse 546,35 Mk. Ausgaben für die Hauptkasse: An Krankenunterstützung 24,95 Mk., an Sterbeunterstützung 28 Mk. Gesamtsumme für die Hauptkasse 599,30 Mk. An Marken wurden verkauft 1327 Stück zu je 40 Pf., 58 zu je 35 Pf., 266 zu je 25 Pf. und 4 Eintrittsmarken zu je 50 Pf.; an Extramarken wurden verkauft 29 Stück zu je 35 Pf. Der Lotosalbbeitrag betrug am Schluß des 4. Quartals 97,76 Mk. Zum Schluß wurden die Kollegen zu größter Einigkeit ermahnt und aufgefordert, die Versammlungen besser zu besuchen.

Lütgendortmund. (Die christliche Arbeiter bekämpft werden.) In Lütgendortmund werden, schon seit einem Jahre, die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner der dortigen Jahrestelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes nicht beschäftigt. Hat der eine oder andere Vertrauensmann mal bei einem dortigen Bauunternehmer Arbeit erhalten und sein Name wird bekannt, dann wird er sofort wieder gefeuert. Jetzt scheint diese Maßregel noch verstärkt zu sein und was hervorzuhelien ist: Auch die Polizei soll den Unternehmern dabei Hilfe leisten. Dieses beweist wohl folgendes Vorkommnis: Der Maurer R., der, weil er Vorstandsmitglied des obengenannten Verbandes ist, in Lütgendortmund keine Arbeit erhält, arbeitete seit längerer Zeit bei der Firma D. Keffmann in Marzen. Als am 30. Dezember 1908 in Lütgendortmund die Gewerkschaftswahlen stattfanden, beteiligte sich auch R. an denselben. Da am Schluß des Wahltages erzählt wurde, daß seitens des Wahlvorstandes Stimmzettel verteilt wurden, und auch Arbeiter gewählt hätten, die nicht in der Wählerliste gestanden hätten, sagte R. zu dem Wahlvorstande, daß die Wahl jedenfalls angefochten würde. Hierauf kam der Polizeibeamte Eriape, der am Wahllokal Posten gestanden hatte, zu R. und stellte seinen Namen fest. Als am 4. Januar R. zur Arbeitsstelle kam, wurde er von seinem Arbeitgeber gefeuert. Da der dortige Maurerpolier, den Maurer R. als einen durchaus tüchtigen und soliden Arbeiter kannte, ersuchte er seinen Arbeitgeber, doch die Kündigung wieder zurückzunehmen. Der Unternehmer aber erklärte: Ich kann nicht, denn das kommt von oben herunter, und der Mann muß nun seine Suppe auslöffeln. Am 4. und am 8. Januar wurde aber dem R. von dem Sohne des Unternehmers bzw. seinem Polier erteilt, daß die Kündigung wieder zurückgenommen sei. Am 11. Januar kam aber der Unternehmer Keffmann wieder zur Arbeitsstelle und erklärte dem Maurer R., seine Zeit wäre heram und entließ denselben. Als der Polier den Unternehmer bat, er möchte doch den R. weiterarbeiten lassen, denn das sei sein bester Maurer, da erklärte derselbe: Ich kann nicht, denn ich habe nachträglich noch einmal Bescheid bekommen, auch von der Polizei. Daß die Privatunternehmer in Lütgendortmund die Vorstandsmitglieder des christlichen Bauhandwerkerverbandes systematisch aussperrten, ist uns bekannt, und wurde dieses schon von mehreren Bauführern bestätigt. Daß aber auch die Polizei ein solch trauriges Spiel mit unternimmt, hätten wir nie erwartet. Sedenfalls wird es im Interesse der

Allgemeinheit liegen, daß dieser unnütze und unsaubere Kampf bald beigelegt wird denn im Interesse des sozialen Friedens wirkt er nicht.

Mardorf. Am 3. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dieselbe war gut besucht. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung, Jahresbericht, berichtete Koll. Valentin Laner. Er führte in kurzen Zügen aus, daß sich die schlechte Konjunktur im verfloffenen Jahre auch im hiesigen Bezirk bemerkbar gemacht hätte, aber trotzdem haben die Kollegen keine Mühe gescheut und alle ihre Kräfte in den Dienst der Organisation gestellt. Den Kassenbericht erstattete Kollege Mehl. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Kollege Wihl, über als 1. Vorsitzender, Franz Mehl 2. Vorsitzender, Joseph Wacker 1. Schriftf., Peter Mehl 2. Schriftf., Martin Mehl 1. Kassierer, Johann Wacker 2. Kassierer. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Heinrich Wacker und Blus Mehl. Für 3. Punkt der Tagesordnung, Besprechung über das Stiftungsfest, wurde von verschiedenen Kollegen darauf hingewirkt, unser diesjähriges Stiftungsfest im Rahmen eines Familienfestes zu feiern. Der 1. Vorsitzende ermahnte bezüglich der Winteragitation die Kollegen, die festgesetzten 20 Pf. Winterbeitrag zu zahlen. Hierauf wurde die Versammlung vom 1. Vorsitzenden geschlossen.

Mehlbad (Pfalz). Unsere Generalversammlung wies einen guten Besuch auf. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht und wurde ihm Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Jakob Klein, als 2. Vorsitzender Otto Gebhardt, als Schriftführer Philipp Klein II, als 1. Kass. Lorenz Gebhardt, als 2. Kassierer Jakob Kühner, als Revisoren Wilhelm Schrammer und Franz Blank. Nachdem Johann noch das Verhältnis zu den hiesigen freien Gewerkschaftern, die meinten, uns aus der Welt schaffen zu können, die aber nach ihrer Neujahrsversammlung wohl selbst nicht mehr daran glauben, einer Besprechung unterzogen worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Mengerkirchen. Am 2. Januar hielten wir hier unsere Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Der 2. Vorsitzende, Kollege Schmidt, eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Referat des Kollegen Freuß (Elberfeld), 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt erhielt Kollege Freuß das Wort. Derselbe warf einen Rückblick auf die Lohnbewegung des Jahres 1908. Er betonte, daß uns der neue Vertrag wieder bedeutende Vorteile gebracht habe. Redner kam sodann auf die gegenwärtige Krise zu sprechen, die hauptsächlich von Amerika ausging. Zum Schluß verbreitete sich der Referent noch über die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß nur die christlichen Gewerkschaften imstande sind, die Interessen der Arbeiter voll und ganz zu vertreten. Lebhafter Beifall lohnte den Redner. In der Diskussion sprach sich Kollege Schmidt im Sinne des Referenten aus. Der zweite Punkt (Kassenbericht) wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Die Vorstandswahl zeigte folgendes Resultat: Kollege Joh. Graf 1. Vorsitzender, Kollege Wihl, Schmidt 2. Vorsitzender, Kollege Wihl, Meuser 1. Kassierer, Kollege Th. Meuser 2. Kassierer, Kollege Wihl, Schmidt 1. Schriftführer, Kollege Carl Schlicht 2. Schriftführer. In Revisoren wurden die Kollegen Karl Schlichter und Wihl. Schlichter gewählt. Der neu gewählte Vorsitzende, Kollege Graf, dankte den Kollegen für das ihm geschenkte Vertrauen und versprach, ganz zum Nutzen der christlichen Organisation zu arbeiten.

Niederelbert, 6. Januar. In unserer heutigen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Unsere Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 76 gegen 22 bei der Gründung im Jahre 1905. Die Gesamteinnahmen betragen 437,90 Mark, die Ausgaben 32,82 M. An die Verwaltungsstelle Kontoführer, der seit vorigem Sommer angeschlossen ist, wurden 405,08 M. abgeführt. Die Lohnbewegung in Montabaur, die 1057,83 M. Kosten verursachte, endigte mit günstigem Erfolge. Dem Kassierer wurden 12 M. Entschädigung für seine Rühmverwaltung zugesprochen. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Ant. Franz als 1. Vet. Höber als 2. Vorsitzender, Heinrich Wagner als 1. Christ. Hübinger als 2. Kassierer, Peter Alles als 1. Paul Neuroth als 2. Schriftführer, zu Revisoren die Kollegen Christ. Keul und Joh. Wihl.

Oberrod. Am 27. Dezember 1908 fand hier selbst im Lokale Seelbach unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht, 2. Jahresbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Erledigung der Anträge, 5. Verschiedenes. Zum Punkt 1 gab Kollege Lamböy den Kassenbericht. Nachdem die Revisoren die Kasse geprüft und für richtig befunden hatten, wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 gab der Vorsitzende, Kollege Pitton, einen kurzen Rückblick auf das verfloffene Jahr. Er wies eingehend auf das Siegerland hin, wo in diesem Jahre so viele Kollegen dem Verbands den Rücken gefehlt haben, welches doch nur der Laubbild und Gleichgültigkeit der Kollegen zuzuschreiben ist. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Kollege Wilhelm Pitton als erster und Wilhelm Schnorr als zweiter Vorsitzender; Georg Schneider als Kassierer und Ferdinand Weismüller als Schriftführer. Sie alle versprachen, im Dienste der guten Sache wie bisher weiter zu arbeiten und nicht eher zu rasten und zu ruhen, bis der letzte noch unorganisierte Bauhandwerker dem Verbands beigetreten ist, und die durch rückständige Beiträge verloren gegangenen Mitglieder dem Verbands wieder zugeführt sind. Nach Erledigung der Anträge und Punkt Verschiedenes schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung. Dieser Versammlung folgte am 29. Dezember in demselben Lokale eine gutbesuchte öffentliche Winteragitationsversammlung. Hier hatte Kollege Freuß aus Oberfeld das Referat. Er wies zuerst auf die Notwendigkeit der Gründung des christlichen Bauhandwerkerverbandes hin. Die Schuld liege einzig und allein an den sogenannten freien Gewerkschaften, die in Wirklichkeit sozialdemokratisch sind. Ferner wies er auf den Wert und die Zweckhaltung des Tarifvertrages hin, zeigte uns so recht deutlich, daß trotz der schlechten Konjunktur es die deutsche Bauarbeiterschaft herstanden habe, auch in diesem Jahre einen Tarifvertrag abzuschließen, welcher doch den Kollegen noch große Vorteile und Ertragsmöglichkeiten bietet. Zum Schluß ging er auf den Bauarbeiterstreik und die Pf. des Arbeitsnachweises ein. Mit welcher Aufmerksamkeit und Begeisterung die Arbeitererschaft Oberrods den Worten des Referenten folgte, zeigte der lebhafteste Beifall, den sie dem Redner zollte. Nach einer recht lebhaften Diskussion schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf das Nähen und Gelingen des christlichen Bauhandwerkerverbandes die Versammlung.

Reinhard. Auf der Tagesordnung unserer diesjährigen Generalversammlung standen folgende Punkte: 1. Vortrag des Kollegen Mergenthal über die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung und ihre Ursachen; 2. Vorstandswahl; 3. Verschiedenes. Kollege Mergenthal wies in kurzen Zügen auf die Ursachen der Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung hin und betonte, daß im allgemeinen unsere Kollegen nicht den Kern dieser Entzweiung zu kennen, wie dies wünschenswert sei. Zugänglich würde uns Zersplitterung und Streit vorgeworfen, aber die Gewerkschaftsbewegung sei schon zersplittert gewesen, ehe wir uns im Jahre unserer Weltanschauung gegründet hätten. Nur der Sozialdemokrat sei es zu verdanken, daß wir überhaupt vergebene Maßnahmen im Gewerkschaftsleben zu verfechten hätten. Wären bei der Entstehung der freien Gewerkschaften mehr parteipolitische Gründe die Ursache der Zersplitterung, so wären für die geordnete Organisation der christlich denkenden Arbeiter mehr religiöse und wirtschaftspolitische Gründe maßgebend. Es herrsche kein Zweifel, daß eine einheitliche Gewerkschaftsrichtung das Beste wäre und daß

der Erfolg einer solchen wohl größer sein könnte. Man hätte aber die Gewerkschaftsbewegung in den Dienst von solchen Bestrebungen gestellt, die den religiösen und wirtschaftspolitischen Anschauungen eines großen Teils der Arbeiterchaft entgegenstünden. Zum Schluß erinnerte der Redner an die Erfolge seit unserem Bestehen und mahnte zur eifrigen Mitarbeit, damit unser Einfluß im öffentlichen Leben ein noch größerer würde. Nachdem dem Redner für seine Ausführungen lebhafter Beifall gezollt war, ging man zur Vorstandswahl über. Aus derselben gingen hervor: Kollege Joh. Mehl 1., Josef Mergenthal 2. Vorsitzender, Kollege Gustav Werten 1., Wihl. Wacker 2. Kassierer, Kollege Wihl. Thomas 1., Jakob Zimmermann 2. Schriftführer, als Revisoren Verb. Mergenthal und Wihl. Mergenthal, in die Schlichtungskommission Joh. Mehl und Joh. Mergenthal, als Kartellbelegierte Christian Donnermuth und Wihl. Keul. Alle Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen ihre Pflicht unserer Bewegung gegenüber zu tun. Möge der neue Vorstand durch pünktliche und gewissenhafte Pflichterfüllung stets den Mitgliedern als Beispiel vorangehen und dafür sorgen, daß mit Hilfe der Mitglieder die Zahlstelle auf der Höhe bleibt. Gegen 11 Uhr erreichte die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Schneidberg. Am 2. Januar fand hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, die jedoch bei der großen Zahl der hiesigen Bauhandwerker nur schwach besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Kollegen H. Himmrich aus Kirchen: „Ziele und Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften.“ In meisterhafter Form brachte Redner sein Thema zur Durchführung. In Anbetracht des großen Nutzens warnte der Redner ganz entschieden vor dem Indifferentismus und forderte die Indifferenten bringen auf zum Anschluß an die christliche Gewerkschaft. Lauten Beifall fanden die Worte des Referenten. Darauf gab Redner noch Aufschluß über einzelne interessante Punkte. Sodann wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die christliche Baugewerkschaft geschlossen.

Schleiz. Die hiesige Zahlstelle hielt am Sonntag, den 10. Januar, von nachmittags 3 Uhr ab im „Grünen Baum“ die Generalversammlung ab. Kollege Miltner eröffnete die Versammlung und ergrüßte die Mitglieder, die fast alle erschienen waren, in diesem Jahre doch eifrig zu agitieren, damit die durch die ungünstige Konjunktur des vergangenen Jahres entstandene Abflauung verschwinde. Der Schriftführer Wolf Hebenstreit erstattete den Jahresbericht. Acht Versammlungen, eine Kartellversammlung und drei Vorstandssitzungen wurden abgehalten. Der Kassierer, Kollege Sachs, gab den Kassenbericht. Die Einnahmen unserer Zahlstelle für die Zentrale betragen 322 M., die Ausgaben 119,61 M. Abgeschickt wurden an die Zentrale 205,36 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 84,28 M., die Ausgaben 55,48 M., bleibt Bestand 28,80 M. Sämtliche Vorstandsmitglieder und Revisoren wurden einstimmig wiedergewählt. Möchte das Jahr 1909 ein glücklicheres als das vorige sein und uns wenigstens auf die alte Höhe zu Ende 1907 bringen!

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Walderbach. Am 27. Dezember 1908 tagte im Lokale des Herrn Georg Bink zu Walderbach die vom Bezirksvorstande abberaumte Konferenz für den Oberwesterbaukreis. Dieselbe war verhältnismäßig schlecht besucht, Delegierte hatten nur acht Zahlstellen aus der nächsten Umgebung gesandt. Die Ursachen dieser bebauernden Erscheinung sind hauptsächlich in der Interesslosigkeit mancher Ortsgruppen der allgemeinen Sache gegenüber zu suchen. Dann spielte auch der Umstand mit, daß die Konferenz um einige Tage verfrüht war, die meisten Kollegen waren erst kurz vor Weihnachten in der Heimat angekommen, so daß es den meisten Winterzahlstellen unmöglich war, vor dem 27. Dezember eine Mitgliederversammlung einzuberufen, um die Delegierten zu wählen. Kollege Hilbrandt aus Euseben eröffnete die Tagung mit einer kurzen Ansprache, in welcher er hauptsächlich die Unbeständigkeit derjenigen Mitglieder geißelte, die in der wirtschaftlichen Krise dem Verband in unbegreiflicher Verblendung den Rücken kehrten. Er führte den Beweis, daß unsere Gewerkschaftsrichtung durchaus keine Ursache zur Mutlosigkeit hat. Ueber den Punkt „Winteragitation“ entspann sich eine rege Debatte, es wurde den Delegierten empfohlen, in ihren Heimatgemeinden für eine intensive Hausagitation einzutreten. Zum Schluß wurde beschlossen, daß in verschiedenen Ortschaften am Oberwesterbau öffentliche Versammlungen stattfinden sollen, um diejenigen Kollegen, welche unserer Sache noch fernstehen, zu gewinnen.

Soziale Wahlen.

Ergebnis der Gewerbegerichtswahl im Landkreis Bochum. Die am Freitag, den 8. Januar 8. J., getätigte Wahl der Weisiger zeitigte selbst in den roten Hochburgen ein für die christlichen Arbeiter äußerst günstiges Resultat. Von den 26 Weisigerstellen aus dem Stande der Arbeitnehmer erhielt der christlich-soziale Ausschuss 16 Mandate, die Sozialdemokraten 2, und die Werkspartei 4 Mandate.

Insgesamt wurden bisher gezählt an Stimmen für die christlichen Kandidaten 472, für die Sozialdemokraten 392, für die Werkspartei 190.

In Altenbochum-Laer siegten die 4 christlichen Weisiger mit 23 gegen 7 sozialdemokratische Stimmen.

In Sordel wurden 2 christliche Weisiger mit 16 Stimmen gewählt, die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten keine Stimme, selbst die aufgestellten Kandidaten übten ihr Wahlrecht nicht aus.

In Weitmar siegten die 4 christlichen Weisiger mit 296 gegen 231 sozialdemokratische Stimmen.

In Sarpfen wurden die 2 sozialdemokratischen Kandidaten gewählt mit 9 gegen 3 christliche Stimmen.

In Langendreer eroberten die christlichen Arbeiter 6 Mandate mit 111 gegen 42 sozialdemokratische Stimmen.

In Werne wurden die 4 Werksparteikandidaten gewählt. Es erhielten Stimmen: christliche 44, sozialdemokratische 103, Werkspartei 190.

In Bladenhorst sollen auch, wie uns mitgeteilt wird, einige christliche Gewerkschaftler gewählt sein.

Das Ergebnis der Wahl ist für die christliche Arbeiterchaft sehr günstig. Die Sozialdemokratie, die ungeheure Agitationsfähigkeit leistete, hat nur 2 Mandate erobern können, das ist um so bedenklicher, da manche Wahlbezirke als rote Hochburgen bezeichnet wurden. Die eifrige Agitationsarbeit der christlich-nationalen Arbeiter ist mit einem schönen Wahlerfolge belohnt.

Von den Arbeitsstellen.

Berlin, 16. Januar. Ein schwerer Baufall ereignete sich auf dem Grundstück Borsdorfer Straße 92, auf dem ein Wohngebäude errichtet wird. Dieses ist bis über die zweite Etage hinaus gebohen. Gestern vormittag fand der Maurerpolier Schmidt auf einem in dem zweiten Stockwerk für den Balkonbau eingelassenen Eisenrost, als plötzlich das Mauerwerk nachgab und fiel mit dem Gerüst senkrecht. Es stürzte in die Tiefe und wurde unter den nachfallenden Steinen verschüttet. Der Polier wurde von den übrigen Bauarbeitern sofort befreit und in bestmöglichen Zustand nach dem Krankenhaus Friedrichshain überführt, wo er hoffnungslos darniederliegt. Schmidt hat eine schwere Schädelverletzung, Brüche der Arme und Beine, Rippenbrüche und

eine Brustquetschung davongetragen. Ob der Unglücksfall durch einen Fehler in der Baukonstruktion herbeigeführt worden dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Briefkasten.

Nach Eichenzell. Für Steuerzahlen ist kein Alter von geschrieben. Gruß.
Nach Pansen. Darüber kann ich auch keine Auskunft geben. Gruß.

Literarisches.

Die Gewerkschaftsfrage in der evangelischen Arbeiterbewegung befaßt sich ein 20 Seiten starkes Schriftchen, das soeben im Verlag der Evang. Geschäftsstelle für soziale Arbeit erschienen ist. Die Schrift ist ein Abdruck aus dem Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1909 und hat ein seit langen Jahren in der evangelischen Arbeitervereins- und christlichen Gewerkschaftsbewegung stehenden Arbeiterführer als Verfasser. Es wird darin in frischer, anschaulicher Sprache eine Darstellung der oft recht heftigen Kämpfe um die Gewerkschaftsfrage innerhalb der evangelischen Arbeitervereine — nur des Gesamtverbandes, sondern auch der außerhalb desselben stehenden Verbände (Wayer, Württemberg, Berliner Werkb. Bochumer Arbeiterbund usw.) — gegeben. Eine solche zusammenfassende Abhandlung über diesen Gegenstand fehlte bisher. Man muß dem Verfasser daher dankbar sein, daß er dieses Material — darunter verschiedene Leitfäden, Resolutionsentwürfe, Beschlüsse, die teils nur im Original vorhanden waren, weiteren Kreisen zugänglich gemacht hat. Wir empfehlen die Lektüre unseren Lesern aufs wärmste. Der Preis beträgt 1 Stück 20 Pf., 5 Stück 75 Pf., 10 Stück 1 M., 25 Stück 4 M., 100 Stück 6,50 M. Porto wird nicht berechnet. Bestellungen sind ausschließlich zu richten an die Evangelische Geschäftsstelle für soziale Arbeit in Essen-Ruhr, Dreifindenstr. 55. Bei Bestellung von weniger als 100 Exemplaren wolle man den Betrag gleich im voraus einsenden.

Streikabrechnungen.

Abrechnung vom Streik der Fliesenleger in Düsseldorf.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	900
Von den drittl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet	1149
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	65
Summa	2114
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	2062
Für Fortschaffung des Zuguges	48
„ Porto und Schreibmaterial	4
Summa	2114

Die Richtigkeit beglaubigen: Die Revisoren: R. Nieder, G. Grefson.

Die Streikleitung: Karl Behmann.

Abrechnung vom Streik der Fliesenleger in Hamm.

Einnahmen:	
Von den drittl. Einnahmen der Zentralkasse verwendet	142
Summa	142
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	139
Für Fortschaffung Zugereister	1
„ Porto und Schreibmaterial	1
Summa	142

Die Richtigkeit beglaubigen: Die Revisoren: Ant. Niege, Franz Weiske.

Die Streikleitung: A. Heuserer.

Abrechnung von der Baupresse Steinbach in Fertenberg (Goschütz).

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	500
Summa	500
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	255
Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende	37
Für Fortschaffung Zugereister	17
„ Fernabfuhr des Zuguges	2
„ Porto und Schreibmaterial	12
An die Hauptkasse zurück	174
Summa	500

Die Richtigkeit beglaubigen: Paul Jule, Karl Wacker, Anton Jendride.

Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 134 273, lautend auf Georg Braun von der Zahlstelle Neumarck, D.-Pfalz.

Verichtigung. Unter den in Nummer 3 der „Baugewerkschaftsmitteilungen“ mitgeteilten Dittungen muß es anstatt Sensburg Sensburg heißen.

Veranstaltungskalender.

Marktredwitz. Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr Generalversammlung bei Wilhelm Mügel.

Kettwig. Sonntag, den 31. Januar, Versammlung. (Die Versammlungen finden von jetzt ab regelmäßig den zweiten im letzten Sonntag im Monat statt.)

Wetzendorf. Sonntag, den 31. Januar, nachm 3 Uhr, Versammlung im Altmärker Hof. Sämtliche Zahlstellen der Altmärker werden hierzu eingeladen.

Sterbetafel.

Am 28. Dezember starb unser Kollege Wosmann im Alter von 42 Jahren infolge Herzleiden.

Zahlstelle Dortmund (Maurer).

Am 5. Januar starb unser treuer Kollege, Mitbegründer und Kassierer unserer Zahlstelle Johannes Offenbopp im Alter von 36 Jahren an Lungenerleiden.

Zahlstelle Söhre.

Am 12. Januar starb unser Mitglieb Franz Singenau im Alter von 30 Jahren an Blutstodung.

Zahlstelle Guttstadt, Dflpr.

Am 14. Januar starb unser treuer Kollege Franz Wiesel im Alter von 31 Jahren an Lungenerkrankheit.

Zahlstelle Michelsombach.

Ehre ihrem Andenken!